

Laibacher Zeitung.



Nr. 250.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7.50.

Donnerstag, 30. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 8 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1879.

Mit 1. November

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung“.

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende November:

Mit Post unter Schleifen	1 fl. 25 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	1 „ — „
Im Comptoir abgeholt	— „ 92 „
Für die Zeit v. 1. November bis Ende Dezember:	
Mit Post unter Schleifen	2 fl. 50 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt	2 „ — „
Im Comptoir abgeholt	1 „ 84 „

Ämtlicher Theil.

Dem Kassendirector und Vorstande des k. k. Landeszahlamtes in Laibach, Herrn Carl Paulin, ist aus Anlass der über sein Ansuchen erfolgten Versetzung in den Ruhestand vom k. k. Finanzministerium die Anerkennung für seine vieljährige treue und ersprießliche Dienstleistung ausgedrückt worden.

Laibach am 27. Oktober 1879.

Präsidentin der k. k. Finanzdirection für Krain.

Nichtämlicher Theil.

Zur Adressdebatte.

Den Vorgängen in der Montagsitzung des Herrenhauses, in der bekanntlich nach ganz kurzer Debatte und unter Einschaltung eines kurzen, die Wehrfrage betreffenden Passus der von der Majorität der Commission vorgelegte Adressentwurf angenommen wurde, widmet das „Fremdenblatt“ folgende Besprechung:

„Im Herrenhause kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen den Parteien, welche in demselben vertreten sind. Der Versuch einer Verständigung zwischen den beiden bekannten Adressentwürfen wurde wieder aufgenommen, und die Minorität erklärte ihre Geneigtheit, für die Adresse der Mehrheit zu stimmen, wenn ein von ihr ausgehendes Amendement acceptiert würde. Diese Modification erklärte, die Minorität erblicke in dem Eintritte der Czechen „die Thatfache der Anerkennung der Verfassung, als des gemeinsamen

Bodens für ihr legislatives Wirken“. Es kann nicht bezweifelt werden, daß damit die loyale Betretung des Verfassungsbodens und die Anerkennung des Parlamentarismus ausgesprochen ward. Das entsprechende Alinea der Verfassungspartei lautete vollständig übereinstimmend damit, jedoch unter Anerkennung des gemeinsamen „Rechtobodens“! Nun ist freilich zwischen dem „Boden“ und dem „Rechtoboden“, den man betritt, eine begriffliche Differenz, ein subjectiver, die Auffassung berührender Unterschied, aber eine praktische, bedeutsame, nicht allein ideelle, sondern reelle Verschiedenheit kann wohl darin schwerlich entdeckt werden. Ob eine Partei die Verfassung als den Boden betritt, um fernerhin auf demselben legislativ zu wirken, oder ob sie ihn als den Rechtoboden beschreitet, ist für die praktischen parlamentarischen Pflichten und Aufgaben wohl von keinem wesentlichen Belang. In beiden Fällen ist die Verfassung als das bindende Gesetz acceptiert, in beiden Fällen übernimmt die Partei die Verpflichtung, den Normen des Parlamentarismus zu gehorchen. Eine zweite, von der Minorität begehrte Abänderung betraf jene Stelle der Adresse der Majorität, welche das Festhalten an den bisherigen Principien des Herrenhauses betonte. Wenn man erwägt, daß die Mehrheit des Herrenhauses an ihren bisherigen Grundätzen festhalten kann, ohne solches in der Adresse ausdrücklich zu erklären, daß vielleicht solch ein Festhalten durch Thaten einen gleichen Wert hat, wie das in Worten, so wird man auch in diesem Begehren der Minorität nichts erblicken, was den Principien der Verfassung, an denen jedes Mitteln ebenso vergeblich als im vorhinein ausgeschlossen ist, nahegetreten wäre. Die Verfassungspartei lehnte jedoch den auf eine Ausgleichung der beiden Adressen abzielenden Vermittlungsvorschlag ab. Sie machte hierbei das Recht der Majorität geltend. Die Verfassungspartei versagte der bisherigen Opposition gegen die Verfassung die Berücksichtigung ihrer bisherigen Rechtsüberzeugungen, die verlangte wohl nur akademische „Gewissenserleichterung“. Es darf indessen in Zweifel gestellt werden, ob das unbedingte Warten des Mehrheitsprincips stets den richtigen politischen Rücksichten entspricht. Schon ein Blick auf das Abgeordnetenhaus, wo die absolute Herrschaft des Majoritätsstandpunktes in allen Fragen zu bedenklichen Consequenzen für die liberale Minorität führen könnte, sollte eine Mahnung sein, auch Minoritäten zu berücksichtigen, und eine Aufforderung zur Verständigung, so weit solche weder der Verfassung noch der Rechtsreinheit abträglich ist.

Die Mehrheit hat die Vorschläge der Minorität zurückgewiesen. Die Verfassungspartei des Herrenhauses erkämpfte die Annahme ihres Entwurfes und nahm lediglich ein Amendement an, welches in der Wehrfrage das Entgegenkommen des Herrenhauses bekundete. Nun fragt es sich, was durch die Schlacht gewonnen wurde, und wem denn eigentlich der Kampf galt. Hat die Verfassung gesiegt? Dies wird wohl schwerlich behauptet werden, da sie überhaupt nicht Gegenstand des Kampfes war. Das Minoritätsamendement selbst, welches zurückgewiesen wurde, beinhaltet ja einen Triumph des Verfassungsgedankens, indem es die Anerkennung der österreichischen Charte ausspricht. Man käme demnach zu der ganz eigenthümlichen Consequenz, die Verfassung habe über ihre eigene Anerkennung den Sieg davongetragen. Ist der Föderalismus durch den Einheitsstaat besiegt worden? Der Vermittlungsvorschlag war ja frei von jeder föderalistischen Tendenz. Auch darf nicht übersehen werden, daß der Compromiß auch Männer auf seiner Seite hatte, welche den Einheitsstaat zu verteidigen entschlossen sind und den Utopien des Föderalismus schroff gegenüberstehen.

Zurückgewiesen ist vom Herrenhause demnach lediglich der Versuch worden, die staatsrechtlichen Gegensätze abzuschwächen, die Schroffheit, in welcher die Parteien einander gegenüberstanden, zu mildern und das Herrenhaus zu einer einmüthigen Antwort auf die kaiserliche Thronrede zu bewegen. Die Regierung wollte die Parteien bestimmen, ihre Rüstung abzulegen und den Waffenstillstand zu schließen. Die Verfassungspartei des Herrenhauses erklärte jedoch, sie traue dem von der staatsrechtlichen Opposition eingegangenen Landfrieden nicht und wolle deshalb Wehr und Waffen nicht beiseite stellen. Ein Theil des hohen Clerus glaubt nicht an die Befehung zu den Ideen des Einheitsstaates, und ebensowenig können die militärischen Würdenträger und die sonstigen Pairs auf der Bank ihr Mißtrauen gegen einen Rückfall der Minorität in die Programme des Föderalismus aufgeben. Sie finden den Zeitpunkt zum Friedensschluß, zum Aufgeben der bisherigen Concentration auf dem Boden der Verfassung noch nicht gekommen, und manche Aeußerung aus dem staatsrechtlichen Lager war geeignet, diesem Unglauben Nahrung zu leihen. Die Regierung, welche jedoch die Versöhnung der autonomistischen Opposition mit der Verfassung bewirken will, muß an deren Aufrichtigkeit glauben und war bemüht, ihr Ausdruck zu leihen. Es ist ihre Aufgabe, die Verständigung zwischen den Gegensätzen herbeizuführen und den Ideen und

Feuilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortsetzung.)

„Beruhigen Sie sich, Madame. Ich verstehe Sie wirklich nicht. Erwarteten Sie, Ihre Tochter hier zu finden?“

„Wo sonst sollte ich sie suchen?“ rief Mrs. Reynold, und ihre bleichen Lippen zuckten.

„Sie ist nicht hier,“ sagte Madame Boncourt. „Sie hat das Institut seit beinahe einem Jahre nicht mehr besucht.“

„Sie ist nicht hier?“ stieß die Mutter hervor.

„Sie blieb während der Sommerferien in London und nahm Musikunterricht, wie Sie wissen. Sie genoss viele Freiheiten. Ich verlebte die Ferien in der Schweiz, und Miss Reynold war ganz ihre eigene Herrin. Sie kam und gieng, wie es ihr gefiel; nur daß sie ein Hausmädchen auf ihren Ausgängen begleitete. Im September, gerade vor meiner Rückkehr, verließ sie das Institut. Ich glaubte, daß sie sich nach Hause begeben habe, und wunderte mich, daß sie nicht wiederkam. Sie war meine bevorzugteste Schülerin, und ihre Schönheit und ihr Talent machten uns große Ehre. O, kann es möglich sein, daß sie verschwunden ist?“

Mrs. Reynold sah bewegungslos und mit entsetzten Mienen da, während Robert Madame Boncourt ungläubig anschaute.

„Was hat das zu bedeuten?“ fragte er mit bebender Stimme. Er wandte sich zu seiner Mutter, um diese zu beruhigen.

Ein schwacher, aber entschlicher Schrei brach sich von Mrs. Reynolds Lippen.

„Allmächtiger Gott, das ist zu viel!“ rief sie in schmerzlichem Tone. „Aber, Robert, die Briefe! Sie bekam alle meine Briefe, welche ich an sie hierher sandte; denn ich erhielt bis vor drei Monaten ihre Antworten darauf. Ich habe in der letzten Zeit mehrere Briefe an sie geschrieben und hierher adressiert. Wie sollte sie diese Briefe bekommen haben?“

„Ich habe nie einen dieser Briefe gesehen,“ antwortete Madame Boncourt. „Die Brieftasche wird gewöhnlich von einem oder zwei meiner Hausmädchen geleert. Ich will eine Untersuchung vornehmen. Wenn Miss Reynold Ihre Briefe empfangen und sie beantwortet hat, so muß sie eine Vertraute in diesem Hause haben, und ich glaube annehmen zu dürfen, daß es Henriette Kelting ist, welche ihr sehr ergeben war. Ich will sie rufen.“

Sie klingelte.

Henriette hatte die Zeit benützt, um ein paar Zeilen zu schreiben und sie durch einen Boten an Emmy zu senden. Der Bote war bereits auf dem Wege, als sie den Befehl erhielt, ins Empfangszimmer zu kommen. Hier wurde sie einem scharfen Verhör unterworfen, und nach einigen Versuchen auszuweichen, mußte sie gestehen, daß Emmy noch lebe und in London sei, sowie daß sie die ankommenden Briefe an die junge Dame besorgt habe; mehr aber war von ihr nicht zu erfahren. Sie verweigerte

entschieden jede weitere Auskunft, welche zur Lösung des Räthfels hätte dienen können.

„Hier muß ein furchtbares Geheimnis vorliegen,“ sagte Madame Boncourt. „Wenn Sie wissen, wo die junge Dame ist, so geben Sie ihrer Mutter die Adresse, Henriette,“ setzte sie eindringlich hinzu.

Das Mädchen zog ein Stückchen Papier aus ihrer Tasche, auf welchem Emmys Adresse notiert war.

Mrs. Reynold ergriff hastig den Zettel und starrte eine Weile auf die Buchstaben; dann verließ sie nach raschem Abschied von Madame Boncourt mit ihrem Sohne das Haus, stieg in den Wagen und gab dem Kutscher Befehl, wohin er fahren sollte.

„Fasse dich, Mutter,“ sagte Robert, als der Wagen wieder durch das Gewirr der Straßen dahinrollte, „Emmy lebt!“

„Ja, sie lebt!“ erwiderte die Mutter mit schmerzlicher, verzweiflungsvoller Stimme, „aber für uns ist sie verloren!“

5. Capitel.

Der Fluch der Mutter.

In rascher Fahrt brachte der Wagen Mrs. Reynold und ihren Sohn nach dem Gray'schen Hause auf der Surryseite der Themse. Es war Abend. Die Straßenlaternen waren bereits angezündet und auch die Fenster des Hauses, vor welchem der Wagen hielt, waren erhell. Robert sprang aus dem Wagen. Er eilte die Stufen, die zu der Hausthür führten, hinauf und zog die Glocke. Mrs. Reynold folgte ihrem Sohne, mit banger Ungeduld auf das Öffnen der Thür wartend. Mit Bewunderung betrachtete sie die ärmlichen Häuser der Straße, dieselben mit dem palastartigen

Hoffnungen gerecht zu werden, welche in der Thronrede niedergelegt sind. Eine Regierung kann, wenn sie keine ausgesprochene Parteiregierung sein will, nicht darauf hinarbeiten, der Staat solle — wie Herr von Hasner es wünscht — die sich bekämpfenden Gegensätze aller Welt offenbaren. Sie muß vielmehr auf die möglichste Vereinigung aller zum Wohl der Gesamtheit bedacht sein. Eine Regierung, welche die im Staate vorhandenen Gegensätze nicht in constitutioneller Weise zu mildern beflissen wäre, würde ihre Aufgabe einfach verfehlen.

Die Vermittlungsaufgabe, welche Graf Taaffe übernahm, scheint uns übrigens eine nothwendige Folge der Idee des Coalitionsabinetes gewesen zu sein. Das Coalitionsabinet konnte weder die Adresse der Verfassungspartei des Herrenhauses noch den ursprünglichen Entwurf der Minorität annehmen. Es hätte sich in jedem Falle auf einen prononcierten Parteistandpunkt begeben. Es mußte einen Ausgleich zwischen beiden anstreben. Das Herrenhaus hat das vermittelnde Amendement zurückgewiesen, und damit war die Vermittlungsaction an ihrem Ende angekommen. Graf Taaffe trennte sich damit von der Minorität, welche in ihren Parteistandpunkt zurückverfiel. Er stimmte in der dritten Lesung für die Adresse der Majorität als Ganzes, weil zwischen ihren legislativen Zwecken, dem Inhalte und dem Programme der Thronrede ein Widerspruch nicht obwaltete. Graf Taaffe gab vielmehr in der heutigen Sitzung des Herrenhauses über seine politischen Zwecke eine Erklärung ab, welche auch die Verfassungspartei vollständig zu befriedigen geeignet war. Der Chef des Cabinetes erklärte, sein Ziel sei, die Verfassung zu kräftigen und zu stärken, und kann demnach in dieser Hinsicht kein Widerspruch zwischen seiner Tendenz und jener des Herrenhauses vorherrschen. Er wolle, daß die Verfassung nicht allein im Gesetze, sondern auch „in den Herzen der Nationen Wurzel schlage,“ und auch diese Idee kann nur lebhaften Wiederhall bei allen wecken, welche die Bedeutung dieser Aufgabe nicht verkennen wollen. Das Einleben der Verfassung dort, wo sie bisher nur noch als Gebot und nicht als anerkannter freier Wille einzelner Völker in Kraft ist, muß das Endziel aller vernünftigen Verfassungspolitik sein, und eine Regierung, welche solch' ein Ziel offen proclamirt, kann in keinem Gegensätze zu den parlamentarischen Körperchaften stehen, welche gleichen Zwecken huldigen müssen. Das Herrenhaus kann den Gedanken einer Verständigung zwischen den staatsrechtlichen Gegensätzen principiell unmöglich bekämpfen. Die Zeit ist nicht ferne, wo diese durch die Kraft des Parlamentarismus erreicht werden wird. Der Kampf des Herrenhauses lehrt sich heute bereits nicht mehr dagegen, was die Opposition anzustreben erklärt, sondern dagegen, was von ihr befürchtet wird. Es bekämpft die Zwecke, welche es bei ihr voraussetzt.

Die großen legislativen Aufgaben, an welche das Herrenhaus herantritt und bezüglich welcher ein Conflict zwischen ihm und dem Cabinet nicht zutage getreten, werden jedoch der Verfassungspartei Gelegenheit bieten, über die Stichhaltigkeit ihres Mißtrauens gegen die Minorität zur Klarheit zu gelangen, und dieser in nicht minderem Maße den Anlaß gewähren, die bezüglich der Aufrichtigkeit ihrer Ausföhrung mit der Verfassung noch immer nicht beseitigten Zweifel zu entkräften. Dann, wenn diese Probezeit verstrichen,

Nordstone-House und ihrer freundlichen Farm vergleichend. Was mochte Emmy veranlaßt haben, Zerstörung in einem Hause, wie dieses war, zu suchen? Ihre Gedanken wurden durch Mrs. Gray unterbrochen, welche die Thür öffnete.

„Wir wünschen Miß Reynolds zu sprechen,“ sagte Robert zögernd, nebst seiner Mutter in die Hausflur tretend.

„Miß Reynolds?“ fragte die Frau verwundert. „Ich kenne keine Miß Reynolds. Ich habe den Namen nie zuvor gehört.“

Mrs. Reynolds schwirte es vor den Augen und sie lehnte sich zitternd gegen die Wand.

„Vielleicht ist sie verheiratet,“ nahm Robert wieder das Wort. „Ihr Mädchennamen war Emmy Reynolds.“

„Ah, Miß Emmy!“ rief Mrs. Gray aus. „Und Sie sind gekommen, um sie zu besuchen? Sind Sie ihre Verwandten?“

„Ja.“

„Dann folgen Sie mir in ihr Zimmer. Ich kannte ihren Familiennamen nicht; wir kennen sie nur als Miß Emmy.“

Mrs. Reynolds berührte diese einfachen Worte der Frau auf das peinlichste. Eine tiefe Blässe überflog ihr Antlitz, während sie gewaltsam nach Fassung rang.

„Emmy ist meine Tochter,“ sagte sie. „Bitte, führen Sie uns sogleich zu ihr.“

Mrs. Gray bat ihre Gäste, ihr in das obere Stockwerk zu folgen. Emmy war nicht anwesend. Ein helles Feuer brannte in dem Kamin und eine brennende Lampe stand auf dem Tisch, deren Schein durch einen Lampenschirm zurückgehalten wurde, so daß das Zimmer nur schwach erhellt war.

(Fortsetzung folgt.)

wird wohl jene Verständigung, welche das Cabinet durch einen ausdrücklichen Beschluß des Herrenhauses herbeiführen wollte, von selbst kommen, und die kriegerische Partei-Organisation wird einer friedlichen Constellation weichen. Dann wird die Ideengemeinschaft von selbst alle umschlingen, welche die Verfassung aufrichtig kräftigen und stärken und in den Herzen der Nationen begründen wollen. Dann wird auch der Streit um Worte und Begriffe verstummen. Das Herrenhaus hat die Zeit hierfür gegenwärtig noch nicht für gekommen erachtet, aber wenn man unbefangenen die fortschreitende Annäherung der bisherigen staatsrechtlichen Opposition an die verfassungsmäßigen Institutionen betrachtet, so ist es zweifellos, daß wir diesem Ziele stets näher entgegenkommen und ihm viel rascher zueilen, als in den bisherigen Phasen unserer inneren Entwicklung. Dieser Proceß kann momentan durch Aufreißung von schwindenden Gegensätzen unterbrochen, aber nicht mehr aufgehalten werden.“

Der „Pester Lloyd“ bespricht die Adresse der Minorität des Abgeordnetenhauses in ziemlich abfälliger Weise. Das Blatt tadelt besonders die in dem Entwurfe enthaltene Polemik gegen staatsrechtliche Bestrebungen und Neuerungen, welche bisher noch von keiner Seite in den Vordergrund gestellt und am allerwenigsten in der Thronrede betont worden sind. Gegen wen polemisieren denn eigentlich die Herren, und wo ist jener Angriff auf die Staatseinheit, die Staatsgrundgesetze und die Verfassung überhaupt, zu dessen Zurückweisung die Adresse so kräftig das Wort ergreift, versucht oder auch nur in Aussicht gestellt worden? In der Minoritätsadresse zu allererst ist diese obiose Frage aufgeworfen worden, und da klingt es fast wie Ironie, wenn in derselben Adresse erklärt wird, das Abgeordnetenhaus müßte die Erneuerung der Verfassungskämpfe auf's lebhafteste beklagen. Die Polemik der Adresse beschränkt sich übrigens nicht auf diesen Punkt allein; sie macht sich fast mit Behagen geltend, wo von den finanziellen Plänen des Ministeriums die Rede ist. Hier erklärt die Adresse es von vornherein für unmöglich, daß eine Steuererhöhung platzgreifen könne, ohne die Productionskraft des Volkes zu schädigen — und das scheint doch ein wenig übereilt zu sein. Vielleicht dürfte die Regierung den Anspruch erheben, daß man über ihre Finanzpolitik nicht den Stab breche, ehe diese in concreten Vorlagen sich äußert. Deutlicher als die Minoritätsadresse des Herrenhauses, ist die mit derselben correspondierende Majoritätsadresse des Abgeordnetenhauses in den entscheidenden Fragen, das ist in denjenigen gehalten, welche die Bestrebungen der staatsrechtlichen Partei umfassen. Es wird ausdrücklich der Wunsch nach Decentralisation der Verwaltung und nach Heranziehung autonomer Organe zu den Aufgaben derselben betont. Im allgemeinen könnte man es schwerlich als ein großes Unglück oder als eine Schädigung der „Staatseinheit“ ansehen, wenn für rein administrative Aufgaben autonome Organe geschaffen würden, oder wenn der administrative Wirkungskreis der autonomen Organe erweitert werden sollte. Wir gestehen indessen aufrichtig, daß wir uns nicht für competent halten, eine zutreffende Meinung über die Bedingungen der österreichischen Verwaltung auszusprechen. Allein Eines glauben wir unter allen Umständen behaupten zu dürfen, und das ist, daß die Verfassungspartei sich in früherer Zeit glücklich gepriesen hätte, wenn es ihr gelungen wäre, zu einer Verständigung mit den Czechen und den staatsrechtlichen Parteien überhaupt so billigen Kaufs zu kommen, als heute in Aussicht steht.

Wer nicht von der thörichten Voraussetzung ausgeht, daß die Czechen in den Reichsrath kommen, um ihre bedingungslose Unterwerfung zu besiegeln, und wer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, daß die Herbeiziehung der außerhalb der Verfassung und der Staatsidee stehenden Elemente in den Kreis der Verfassung und der Staatsidee ein Gewinn sei, welcher mit einigen Concessionen in Bezug auf die „administrativen Einrichtungen“ nicht zu theuer bezahlt ist, der wird in den Aufstellungen der Majoritätsadresse immerhin die annehmbare Grundlage einer erspriesslichen Auseinandersetzung finden. Und deshalb muß jeder, dem es um den Frieden und die Kräftigung Oesterreichs Ernst ist, die scharfe Sonderung der Parteien, wie sie sich jetzt vollzieht, lebhaft beklagen. Es ist im hohen Grade fraglich, ob die Verfassungspartei auch wirklich der Verfassung einen Dienst erweist, indem sie sich a priori gegen alle Wünsche der staatsrechtlichen Parteien ablehnend verhält. Wenn die Ausgleichsaction unter der Mitwirkung der Verfassungspartei vor sich geht, kann sie gewiß nicht so schlimm gerathen, als wenn sie ohne oder gegen die Verfassungspartei ihren Lauf nimmt. Angesichts der politischen Nothwendigkeiten, von denen die Lage Oesterreichs heute beherrscht ist und die durch bloßen Widerspruch nicht aus der Welt geschafft werden können, verteidigen nicht diejenigen die Verfassung am wirksamsten, die dem Bedürfnisse der Transaction den starren Formalismus entgegenstellen.

Oesterreichischer Reichsrath.

4. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 28. October.

Zu Beginn der Sitzung theilt Präsident Graf Trauttmansdorff mit, daß sich die politische Commission des Hauses bereits constituirt habe und zu ihrem Obmann den Grafen Wrba sowie zum Obmann-Stellvertreter den Fürsten Constantin Czartoryski gewählt habe.

Es werden sodann die Wahlen in die verschiedenen Commissionen vorgenommen.

In die juristische Commission wurden gewählt: Freiherr v. Brenner, Dr. Habietinek, Dr. Freiherr von Härdtl, Dr. Freiherr v. Hein, Dr. Freiherr v. Hye, Dr. Freiherr v. Razy, Dr. Freiherr v. Scharfshmid, Dr. Unger und Dr. Fürst Alfred Windisch-Grätz.

In die finanzielle Commission wurden gewählt: Freiherr v. Burg, Graf Hopyos, Bankgouverneur Moser, v. Plener, Graf Rechberg, Graf Leo Thun, Freiherr v. Wehli, Freiherr v. Winterstein, Graf Falkenhahn.

In die Fideicommiss-Commission wurden gewählt: Josef Graf Auersperg, Ritter v. Hasner, die Fürsten Adolf und Carl Schwarzenberg, Freiherr v. Scharfshmid, Freiherr v. Härdtl, Graf Friedrich Thun, Fürst Trauttmansdorff, Graf Brants.

In die Staatsvertrags-Commission wurden gewählt: v. Arneht, Freiherr v. Hye, Freiherr von Hübner, Moser, Professor Neumann, Graf Rechberg, die Grafen Friedrich und Guido Thun, Freiherr von Besque.

In die Staatsschulden-Controlscommission wurden gewählt: Graf Brants, Freiherr v. Winterstein, — als Ersatzmann: Graf Hopyos.

In die Commission für den Bau des Reichsrathsgebäudes wurden gewählt: Graf Trauttmansdorff, Fürst Schönburg, Fürst Czartoryski, von Engerth, Ritter v. Hasner, Graf Wrba, v. Arneht.

Um 1 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Der Tag der nächsten Sitzung ist unbestimmt.

7. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 28. October.

Präsident: Graf Coronini; am Ministertische sämtliche Minister.

Unter den Einläufen befindet sich die Regierungsvorlage eines Gesetzes, betreffend Abhilfe wider unredliche Vorgänge bei Creditgeschäften, ein Antrag des Abg. Steudel auf Erlassung eines neuen Verzehrungssteuergesetzes, ein Antrag des Abg. Dr. Dworski und Genossen auf Abänderung einiger Gebührenschriften bei Besitzveränderungen, ein Antrag des Abgeordneten Böck und Genossen, betreffend die Revision des Hausiererpatentes, und eine Interpellation, betreffend die Reform der Strafproceßordnung und des Strafgesetzbuches für die Armee und die Landwehr.

Der Handelsminister Baron Korb-Weidenheim beantwortet die Interpellation des Abg. Neumeyer und Genossen, betreffend die Aufhebung des von Deutschland erlassenen Verbotes der Ein- und Durchfuhr von Vieh, dahin, daß die diesbezüglichen Schritte bei der deutschen Regierung noch von keinem Erfolge begleitet waren, daß jedoch die Regierung bemüht sein werde, beim Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland die Interessen der heimischen Viehzucht bestens zu wahren.

Abg. Lienbacher begründet seine Anträge, betreffend verschiedene Abänderungen der Strafproceßordnung, ferner eine Novelle zum Strafgesetze behufs Ergänzung der Bestimmungen über Betrug und Veruntreuung durch Strafnormen für andere Arten der Untreue und des Vertrauensmißbrauches, und auf die beschleunigte Vorlage eines neuen Actiengesetzentwurfs, endlich den Entwurf eines Gesetzes wegen Regelung der Polizeistrafgerichtsbarkeit und des Polizeistrafverfahrens.

Der Redner beantragt die Zuweisung der Anträge auf die Novelle zum Strafgesetze und auf die beschleunigte Vorlage eines neuen Actiengesetzentwurfs an einen aus 15 Mitgliedern bestehenden, vom ganzen Hause zu wählenden Ausschuss.

Abg. Tomaszkul will den Antrag auf Erlassung eines Actiengesetzes dem für die Vorberathung des Antrages Moser niedergesetzten Versicherungsausschusse zuweisen.

Abg. Lienbacher bekämpft diesen Antrag.

Abg. Friedmann will den Antrag auf eine Resolution wegen Erlassung eines neuen Actiengesetzes als einen dringlichen behandeln, wodurch die Wahl eines Ausschusses entfallen würde, womit sich Abgeordneter Lienbacher einverstanden erklärt.

Der Antrag auf Zuweisung des Antrages, betreffend die Erlassung einer Novelle zum Strafgesetze, wird einem Strafgesetzausschusse von 15 Mitgliedern zugewiesen, bezüglich des Actiengesetzes wird die Dringlichkeit angenommen und sodann die Resolution, durch welche die Regierung zur beschleunigten Vorlage eines neuen Actiengesetzentwurfs aufgefordert wird, ohne Debatte beschlossen.

Die Anträge Lienbachers auf Abänderung der §§ 48, 49, 448, 457 und 460 der Strafproceß-

Ordnung werden dem Strafgesetzausschusse mit dem Auftrage beschleunigter Berichterstattung und Vorlage des betreffenden Gesetzentwurfes zugewiesen.

Abg. Lienbacher begründet seinen Antrag, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Regelung der Polizeistrafgewaltbarkeit und des Polizeistraffverfahrens.

Abg. Magg führt aus, dass der vorliegende Antrag eine Abänderung des Gemeindegesetzes enthalte und der Landesgesetzgebung präjudiciere, wozu nach seiner, des Redners, Ansicht der Reichsrath vollkommen berechtigt sei. Es freue ihn, dass dies auch von einem so hervorragenden Mitgliede der anderen Seite des Hauses und von vielen Unterzeichnern seines Antrages auf derselben Seite getheilt werde. Es möge ihm erlaubt sein, dies als Präjudiz für andere Fälle zu constatieren.

Abg. Lienbacher verwahrt sich dagegen, als hätte er mit seinem Antrage den Grundsatz „Reichsrecht bricht Landrecht“ anerkennen wollen, nach seiner Ansicht komme vielmehr Landrecht vor Reichsrecht. (Oho! links.)

Der Antrag Lienbachers wird dem Strafgesetzausschusse zugewiesen.

Abg. Barenther begründet seinen Antrag auf Oeffentlichkeit der Verhandlungen des Eisenbahnausschusses und bemerkt in seiner Begründung unter anderem, das Blättchen habe sich in diesem Hause gegen früher etwas gewendet, aber erfreulicherweise nur in diesem Hause.

Der Abg. Lenz unterstützt den Antrag Barenthers. In England tagen alle Ausschusssitzungen principiell öffentlich. Die wichtigsten Fragen der Secundärbahnen und der Voralbergbahn, welche den Eisenbahnausschuss zunächst zu beschäftigen haben, rechtfertigen zur Genüge den Antrag Barenthers.

Der Antrag wird als dringlich anerkannt und vom Hause beschlossen.

Der Leiter des Finanzministeriums, Hertel, legt das Budget pro 1880 vor und gibt zu demselben ein längeres Exposé. Das Erfordernis pro 1880 betrug 412.7 Millionen in runder Summe, die Bedeckung 399.9 Millionen in runder Summe, das Deficit 12.7 Millionen. Zur Bedeckung desselben soll die Steuerkraft in erhöhtem Maße in Anspruch genommen werden. Mehrfache Aenderungen des Stempel- und Gebührengesetzes, insbesondere eine 20% Besteuerung der Gewinne aus der Zahlen- und aus der Privatlotterie soll 1.8 Millionen, die Erhöhung des Spielkartenstempels 480,000 fl., ein fixer Stempel für Handelscorrespondenzen 300,000 fl., die Aufhebung verschiedener Gebührebestimmungen 2,570,000 fl., die Erhöhung des Gerichtsstempels 750,000 fl., sämtliche Stempel- und Gebührenerhöhungen zusammen 5.8 Millionen eintragen. Der Petroleumzoll soll von 3 auf 8 fl. erhöht werden (Hört! Hört! links) und 4.8 Millionen tragen. Aus der Brantweinsteuer soll nach einem heute vorgelegten Gesetzentwurf eine Einnahme von 1.5 Millionen erzielt werden.

Nur für 1880 soll eine 10% Gebühr vom Personenverkehr auf Eisenbahnen und Dampfschiffen eingehoben werden. Nur für das Jahr 1880 wiederholt der Leiter des Finanzministeriums (Sturm und Gelächter links). Eine Ergänzungssteuer für Einkommen über 1400 fl., welche mit dem Jahre 1881 aufhören soll, wird ebenfalls vorgeschlagen und soll 4 Millionen tragen. Die Durchführung der Steuerreform in Bezug auf die Grund-, Gebäude-, Erwerbs- und Rentensteuer und die Besteuerung der Actiengesellschaften soll das Deficit dauernd beseitigen.

Der Leiter des Finanzministeriums hofft, dass der Patriotismus der Versammlung den Pessimismus überwiegen werde, mit welchem seine Vorlagen aufgenommen werden dürften.

Unter großer Unruhe des Hauses werden sodann die Wahlen in die Ausschüsse für die Erlassung einer Dienstreuepragmatik und für die Aufhebung des Zeitungsstempels, sowie die Wahl eines Schriftführers vorgenommen.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Adressdebatte.

Tagesneuigkeiten.

(Die Abstimmung im Herrenhause.) Mit Rücksicht auf das hohe Interesse, das sich an die Vorgänge in der montägigen Sitzung des österreichischen Herrenhauses und die namentlich erfolgte Abstimmung über die Adresse knüpft, lassen wir nachstehend das Namensverzeichnis der Pairs, nach der Art ihrer Abstimmung gruppiert, folgen. Mit Ja, d. h. für den Antrag des Freiherrn von Hübnner, beziehungsweise gegen das Alinea 3 der Majoritätsadresse stimmten: Ihre k. k. Hoheiten die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Carl Ludwig, Ludwig Victor und Albrecht, Cardinal Fürst-Erzbischof Schwarzenberg, Cardinal Fürst-Erzbischof Fürstenberg, Graf Baworowski, Freiherr von Brenner, Graf Rudolf Chotel, Graf Coudenhove, Graf Cremnille, Fürst Czartoryski, Graf Czernin, Graf Dzieduszycki, Fürst-Erzbischof Eder, Graf Falkenhayn, Fürst Emil Egon Fürstenberg, Graf Goluchowski, Habietinet, Graf Hardegg, Graf Harrach, Graf Haugwitz, Fürst

Hohenlohe, Freiherr von Hübnner, Graf Kannitz, Fürst Riebenhüller, Graf Krasicki, Graf Larisch, Graf Richnowsky, Fürst Bobkowitz, Dr. Josef Majer, Graf Mensdorff, Fürst Metternich, Graf Mittrowsky, Graf Nostiz, Fürst Paar, Fürstbischof Pogačar, Graf Potocki, Graf Reichenberg, Erzbischof Romaszkan, Fürst Salm, Fürst Sanguszko, Graf Schönborn, Fürst Adolf Schwarzenberg, Fürst Carl Schwarzenberg, Graf Serenyi, Graf Sieminski, Graf Taaffe, Graf Friedrich Thun, Graf Leo Thun, Prinz Thurn und Taxis, Fürst Thurn und Taxis, Graf Hugo Traun, Graf Otto Traun, Fürst Carl Trauttmansdorff, Freiherr von Bassillo, Graf Westfalen, Graf Wiedmann, Fürst Windisch-Grätz, Graf Wodzicki, Fürstbischof Zwerger.

Mit „Nein“ (gegen den Antrag des Freiherrn von Hübnner) stimmten: Fürst-Erzbischof Cardinal Ruzscher, Freiherr von Apfaltrern, Ritter von Arneith, Graf Attems, Fürst Adolf Auersperg, Fürst Carl Auersperg, Graf Josef Auersperg, Graf Belrupt, Freiherr von Bezecny, Ritter von Bräde, Freiherr von Burg, Graf Otto Chotel, Fürst Clary, Graf Dubsky, Freiherr von Engerth, Freiherr von Felder, Landgraf Ed. Fürstenberg, Graf Gleispach, Gdgl. Freiherr von Haber, Freiherr von Hadelberg, Freiherr von Haerdil, Graf Hartig, Ritter von Hafner, Freiherr von Hein, Abt Helsenstorfer, Ritter von Hoefler, Graf Hoyos, Freiherr von Hye, Edler von Kaiserfeld, Abt Carl, Freiherr von Kellner, Fürst Kinsky, Freiherr von Königswarter, Freiherr von Koller, Freiherr von Kraus, Graf Ruenburg, Josef von Latour, Graf Ledebur, Fürst Friedrich Liechtenstein, Graf Kaspar Lodron, Freiherr von Mayr, Graf Meran, Ritter von Miklosich, Alois Moser, von Rapadiowicz, Graf Reipperg, Neumann, Edler von Plener, Freiherr von Resti-Ferrari, Freiherr von Rizy, Fürst Rosenberg, Freiherr von Rossbacher, Altgraf Salm, Freiherr von Scharwid, Anton Ritter von Schmerling, Josef Ritter von Schmerling, Freiherr von Schmidl, Ritter von Schoeller, Fürst Schönburg, Freiherr von Scrinzi, Freiherr von Stählin, Freiherr von Starck, Graf Josef Oswald Thun, Graf Ladislaus Thun, Freiherr von Tinti, Unger, Freiherr von Vesque, Graf Vrints, Graf Ernst Waldstein, Graf Josef Waldstein, Ritter von Waser, Freiherr von Washington, Freiherr von Wehli, Graf Wilczel, Freiherr von Winterstein, Graf Urbna, Freiherr von Wälderstorf. — Das Amendement des Freiherrn von Hübnner wurde somit mit 78 gegen 59 Stimmen abgelehnt.

(Die Taufe der Tochter des Herzogs von Cumberland) fand Samstag in Gmunden statt. Die Herzogin Thyra nahm, in einem geöffneten Nebenzimmer auf der Chaise longue ruhend, an der Feier theil. Als Taufpattinnen fungierten Ihre Majestäten die Königinnen von Dänemark, von Hannover und von England, die Königin-Witwe Caroline Amalie von Dänemark, die Herzogin Auguste von Cambridge, die Großfürstin-Thronfolgerin Marie von Russland, die Prinzessin Alexandra von Wales, die Großherzogin-Mutter Marie von Mecklenburg-Strelitz, die Erbprinzessin Friederike von Dänemark, die Prinzessin Louise von Hessen, die Prinzessin Friederike und die Prinzessin Mary von Hannover. Am Abend fand bei Ihrer Majestät der Königin-Witwe von Hannover ein Festdiner statt, an welchem auch die königlich dänischen Majestäten theilnahmen. Um der Hannover'schen Königsfamilie ihre Liebe und Dankbarkeit zu beweisen, hatten die Bewohner Gmundens aus Anlass der Tauffeier und zu Ehren der dänischen Majestäten abends ein Feuerwerk auf dem See, die Beleuchtung der Esplanade mit Dampflicht sowie der umliegenden Berge und Seeufer mit Freudenfeuern veranstaltet.

Locales.

(Ordensverleihung.) Dem Commandanten des Landes-Gendarmereicommandos Nr. 12 in Laibach, Herrn Major Heinrich Kossi, wurde anlässlich der von ihm erbetenen Versetzung in den Ruhestand „in Anerkennung seiner langjährigen, im Kriege wie im Frieden gleich guten Dienstleistung“ das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens verliehen.

(Todesfall.) Vorgestern verschied in Laibach im seltenen Alter von 97 Jahren die verwitwete Frau Anna Strangfeld, die Mutter des Herrn Hofrathes beim k. k. Verwaltungsgerichtshofe in Wien Alexander Ritter v. Strangfeld und die Großmutter des hiesigen Advocaten und Landesauschusses Dr. Robert Schrey Edler v. Redlwerth und des k. k. Landesgerichtsrathes in Gills Edmund Schrey Edler v. Redlwerth. Die Verstorbene wird heute um 4 Uhr nachmittags zur Erde bestattet.

(Militär-Personalveränderungen.) Nachstehende Herren Officiere wurden überseht: die bisher dem Generalstabe zugetheilten Oberlieutenants Alexander Milenovic und Gustav Jenisch in den Stand des 12. Artillerieregiments, wohin dieselben einzurücken haben; — die Lieutenants Josef Matievic vom Döcaner 79. Infanterieregimente zum Infanterieregimente Freiherr v. Kuhn Nr. 17 und August Doppelmayr vom 12. zum 6. Artillerieregimente; — die Regimentsärzte erster Klasse Dr. Simon Mandic vom 43. zum Döcaner 79. Infanterieregimente und Dr. Carl Perwolf vom 17. zum Reservecommando des 45. Infanterieregiments; — der Oberarzt Dr. Eduard Ehrlich vom

17. Infanterieregiment zum 15. Fußarenregiment; — der Lieutenant-Rechnungsführer Victor Chrupel vom 7. Feldjägerbataillon zum 40. Infanterieregiment (auf eigene Kosten). — Der Hauptmann zweiter Klasse Adolf Wischinka des Infanterieregiments Freiherr v. Kuhn Nr. 17 wurde dem Generalstabe zugetheilt.

(Gutsverkauf.) Das zur executiven Veräußerung gelangte Gut Poganz nächst Rudolfswert, welches gerichtlich auf 138,000 fl. geschätzt war, wurde nach einer Mittheilung der „Novice“ von einem aus drei Besitzern bestehenden Consortium, an dessen Spitze der Mehlhändler Bahovec steht, um den Betrag von 40,000 fl. erstanden.

(Bühnennovitäten.) Für morgen steht an der hiesigen Bühne das neue Lustspiel „Sodom und Gomorrha“ von Franz von Schönthan am Repertoire. Es ist das Erstlingswerk eines jungen österreichischen Dichters, das auch in Wien erst vor wenigen Wochen zum erstenmale gegeben wurde und seitdem schon zahlreiche Aufführungen erlebt hat. Die Kritik lobt die geschickte, für einen ersten dramatischen Versuch überraschend bühnenwirksame Maße, sowie den frischen Humor desselben. — Auch zwei weitere Novitäten, die Lustspiele „Starke Mittel“ von Julius Rosen und „Böhlthätige Frauen“ von L'Arronge, welche letzteres bekanntlich erst diesertage im k. k. Hofburgtheater in Wien zum erstenmale in Scene gieng und einen nachhaltigen äußeren Erfolg errang, wurden vom Herrn Director Ludwig angekauft und werden im Laufe der nächsten Monate zur Aufführung gelangen. Es wäre daher nur zu wünschen, dass auch der Theaterbesuch nicht bloß an Operettenabenden, wie dies bisher constant beobachtet wurde, ein guter bliebe. Wenn die Aufführung eines gebiegenes, viel Mühe in Anspruch nehmenden dramatischen Werkes, wie beispielsweise die vorgestrige „Graf Eszter“ Vorstellung, bloß eine, nicht einmal die Tagesbesen bedeckende Brutto-Einnahme von 45 fl. ergibt, so liegt darin wahrlich kein Sporn für die Direction, der unserer persönlichen Geschmacksrichtung nach zwar ganz begründeten, aber augenscheinlich doch nur von der Minorität des hiesigen Publicums getheilten Vorliebe für gute Schauspiel- und Lustspiele öfter und besser als bisher Rechnung zu tragen.

(Liedertafel.) Heute um 8 Uhr abends findet in den Restaurationslocalitäten des „Hotel Europa“ der kürzlich verschobene erste Familienabend der Laibacher Liedertafel statt, wozu nebst den Angehörigen der Mitglieder auch geladene Gäste Zutritt haben.

(Ein Opfer des Schneesturmes.) Der 65 Jahre alte Auszügler Jovo Verlic aus Bojance im Tschernempler Bezirke wurde am 17. d. M. in einer unweit des genannten Ortes befindlichen Mulde von seinem Sohne in ganz erschöpftem und erfrorenem Zustande aufgefunden, nachdem derselbe die vorangegangene Nacht während des heftigen Schneestäubers im Freien zugebracht hatte. Obwohl der Sohn seinen Vater sofort mittelst Wagen nach Hause schaffte und ihn mit warmen Getränken zu laden versuchte, verschied der Greis doch, kaum zu Hause angelangt, an den Folgen der heftigen Erkältung und Erschöpfung.

(Theater.) Die vorgestrige Aufführung des Laube'schen Schauspielers „Eszter“ war leider wieder so schwach besucht, dass wir nicht umhin können, hierüber unser tiefes Bedauern an dieser Stelle auszudrücken. Wenn ein Drama von der Qualität des genannten bei einer Besetzung der Hauptpartien, wie sie das heurige, mit unbedeutender Ausnahme vorzügliche Schauspielpersonale ermöglicht, keine Anziehungskraft auf das Publicum auszuüben vermag, so darf es niemanden wundernehmen, dass die Darsteller entmuthigt und zu Nachlässigkeit verleitet werden. Die bisherigen Leistungen der unmusikatischen Kräfte haben wahrlich eine nachdrücklichere Theilnahme der hiesigen Bevölkerung verdient, und auch die vorgestrige Darstellung bewies, dass es in der heurigen Saison möglich sei, klassische Stücke in einer Weise zu scenieren, wie dies heutzutage auf unbedeutenden Provinzbühnen nicht Regel zu sein pflegt. Besonders zeichnete sich Frau Directrice Ludwig durch ihr feines, tiefdurchdachtes Spiel aus, das bei gefülltem Hause von überwältigender Wirkung gewesen wäre. Auch Frau Andrae-Kuhn (Kutland) und Herr Director Ludwig (Eszter) brachten über das Maß des Gewöhnlichen hinausgehende Leistungen, und ist an letzterem nur die im Pathos zu künstliche und daher undeutliche Diction auszusetzen. Die übrigen Darsteller und das Ensemble trugen dazu bei, die Vorstellung würdig in Scene zu setzen.

Gestern wurde „Fatiniha“ mit der von uns befürworteten Besetzungsänderung gegeben. Herr Weitz war als Kantschukoff recht verdienstlich und dürfte bei einer Wiederholung infolge größerer Sicherheit noch drastischer wirken. Herr Moudheim (Jzed Pascha) war mit seiner Partie noch nicht ganz einig und kämpfte mit dem Texte. Wir denken uns den Reformtürken gemüthlicher und humoristischer, als er uns gestern vorgestellt wurde. Seine Couplets und namentlich die localen Strophchen, das Stückenpferd unseres Publicums, fanden viel Beifall. Das Theater war mäßig gefüllt, weshalb auch im ganzen eine gewisse Lauheit der Aufführung wahrnehmbar wurde. Der Männerchor reichte entschieden nicht aus, hingegen hielten sich die „Kabinen Jzed Paschas“ recht brav.

Neueste Post.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Wien, 29. Oktober. (Abgeordnetenhaus) Grocholski beantragt die Zumeisung der Zollvorlagen an den Ausschuss für die bosnische Vorlage. Ruß beantragt Zumeisung des Zollanschlusses Bosniens an den bosnischen Ausschuss, dagegen für andere Zollvorlagen die Wahl eines 36gliedrigen volkswirtschaftlichen Ausschusses. Der Antrag Ruß' wird angenommen. Das Budget wird einem 36gliedrigen Budgetausschusse zugewiesen.

Die Berichterstatter der Majorität und der Minorität leiten die Adressdebatte ein. Zahlreiche Redner sind vorgemerkt.

Eduard Suez bestreitet, daß die Regierung in diesem Hause die Majorität habe und daß in der Majoritätsadresse das Programm einer Regierungspartei enthalten sei. Die heutige Majorität könne man nicht als dauernde Stütze der Regierung ansehen. Er fragt die Polen, ob bei Fragen der äußeren Politik beide nationale Stämme ebenso vereint wie heute die Majorität bilden werden, und macht die Czechen, deren Tüchtigkeit er anerkennt, darauf aufmerksam, daß ihre Begehren sie leicht in Widerspruch führen könnten mit den glänzendsten Seiten ihrer eigenen Geschichte.

Redner wirft der dritten Partei der Majorität vor, daß sie auf kirchlichem Gebiete die strammste Centralisation, im Staate jedoch Decentralisation vertritt. Die Verfassungspartei aber ist die Reichspartei. Diese verlangt eine Regierung, welche befähigt ist, die Volksstämme mit der Idee der Reichseinheit zu durchtränken.

Dunajewski bemängelt die Schroffheit des Minoritätsentwurfes. Er verwahrt sich dagegen, daß nur die Verfassungspartei die Reichseinheit repräsentiere, verweist auf die Decentralisation in England, Belgien und namentlich Deutschland und des letzteren gebietende Stellung, ungeachtet es viele Souveräne und Länder in sich faßt. Redner weist nach, daß die Majoritätsadresse in den Stellen über Decentralisation und Wirksamkeit der Landtage nur die gewissenhafte Durchführung der Verfassung verlange. Die Minoritätsadresse enthalte gefährliche Schlagworte. Im Leben müsse man sich mit Compromissen behelfen. Er stimme vollständig dem Satze zu, daß die Verwaltung über den Parteien stehen müsse. Die Minoritätsadresse athme unbeugsame Gegnerschaft gegen jede Autonomie, wogegen der Majoritätsentwurf versöhnliche Tendenzen bekunde. Seine Partei wolle gerne die Hand zur Verwirklichung des Rechtes und der Freiheit für alle bieten.

Romawski erklärt, die Ruthenen würden stets zur österreichischen Fahne halten. Er beklagt deren Niederlage bei den letzten Wahlen und sagt, die Ruthenen seien ihren Gegnern einfach ausgeliefert worden. Die Czechen mögen eine Vermittlerrolle zwischen den slavischen Bruderstämmen übernehmen. Schließlich bekämpft er die Landesautonomie und verlangt Ausführung der Verfassung.

Heinrich Clam-Martiniß erklärt, aus dem Minoritätsentwurf spreche nicht der Geist der Versöhnung, sondern ein kalter Hauch starrer Unduldsamkeit, welcher, wenn er zur Geltung gelangen sollte, nicht zu dem Ziele einer gleich freudigen Anerkennung der Verfassung führen würde. Die Vorbedingung jeder Verständigung sei gegenseitige Rechtsachtung; aus dem ehrlichen Kampfe der Meinungen kann eine Verständigung hervorgehen, aber ohne Vergewaltigung der Ueberzeugung. Selbstverständlich werde seine Partei das geleistete Gelöbniß halten, aber nicht auf die eigene Ueberzeugung verzichten, und die gegnerische Ueberzeugung achten. Die Minoritätsadresse verweigere ein Entgegenkommen, fordere vielmehr Unterwerfung. In dem man Unveränderlichkeit der Grundgesetze procla-

miert, verkündigt man die Aussichtslosigkeit einer Verständigung. Dennoch hat die Gegenpartei im Laufe der Jahre die Grundgesetze verändert, selbst geradezu in ihr Gegentheil verkehrt.

Redner polemisiert dann gegen Suez, der Zwietracht säen wolle, indem er jeder Partei eine Vockspitze hinwarf, und der mit einer gewissen Selbstüberhebung sprach. Er vermißt ferner im Minoritätsentwurf die ernste Erkenntnis der kritischen volkswirtschaftlichen Lage und des berechtigten Schmerzensschreies. Er tadelt es heftig, daß man gegen die Krise nicht ankämpfte, obwohl die abgelassene Legislaturperiode nicht durch Verfassungskämpfe gestört war. Es gehe nicht an, die Verantwortung abzuwälzen auf Verfassungskämpfe, die gar nicht stattfanden, und jetzt auf Verfassungskämpfe, die man selbst hervorrufe. Auf die Friedensbotschaft wolle er nicht mit einem Kampfrufe antworten, deshalb empfehle er die Majoritätsadresse.

Scharfsmid constatirt den gewaltigen Eindruck der Rede des Vorredners, daß auch in der Minoritätsadresse die Hand zur Verständigung geboten werde. Auf praktischem Gebiete lassen sich zahlreiche Anknüpfungspunkte finden, welche eine Reihe von Sessionen ausfüllen können. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen der Verfassungsgeschichte sei es verzeihlich, wenn man der Zukunft mit Bangen entgegensehe. Redner verweist auf den Pact mit Ungarn i. J. 1866 und auf den Umstand, daß die Ruthenen nur mehr drei Vertreter im Hause haben, und dies solle nun in bisher geeinigten Ländern fortgesetzt werden. Woher soll dann der Stamm noch Nahrung bekommen, damit er nicht verborre?

Fürst Alfred Liechtenstein kann eine politische Verwirklichungstheorie Rechten gegenüber nicht anerkennen, die sich im Besitze von Millionen befinden. Heute haben wir wenigstens eine Regierung, die wohl die Pflicht erkennt, allen Nationen gegenüber mit gleich wohlwollender Vermittlung einzutreten. Redner kritisiert sodann die Finanzwirtschaft der deutsch-liberalen Partei in früheren Jahren, indem die Deficite bei steigenden Einnahmen stets wuchsen. Er beleuchtet die volkswirtschaftlichen Verhältnisse und das Vorgehen der Verfassungspartei bezüglich der Schul- und Kirchengesetze, welche er als schädlich bezeichnet. Die Verfassungspartei habe die Wuchersfreiheit geschaffen, den Legalisierungszwang eingeführt, die politischen Eheconsense abgeschafft, die bäuerliche Bevölkerung geschädigt. Die gegenwärtige schlechte Lage des Reiches sei durch die Verfassungspartei verschuldet, welche ungeeignet ist, den Pfad zu finden, der aus der selbstverschuldeten Lage heraus und zum Heile führe.

Luftland polemisiert gegen den Vorredner. Er wirft den Czechen vor, daß sie nicht schon im Jahre 1873 ins Haus eintraten, da dann manches von ihnen jetzt bekämpfte Gesetz gar nicht zustande gekommen wäre. Redner stellt sich streng auf den Boden der Verfassung, die Autonomie in Oesterreich sei schon bis zur Grenze der Möglichkeit realisiert. Er weist auf die Verfassungen anderer Staaten hin, namentlich Deutschlands, welche alle centralistischer als die österreichische seien, und schließt mit dem Hinweise darauf, daß auf dem Standpunkte der Verfassung alle Wünsche der Nationalen Befriedigung finden können.

Nächste Sitzung morgen.

Wemberg, 28. Oktober. (N. fr. Pr.) Der Polenclub theilt heute den polnischen Blättern mit, daß er den Beschluß gefaßt habe, für den Adressentwurf der Ausschussmajorität in Pausch und Bogen einzutreten. An der Adressdebatte dürfen bloß diejenigen polnischen Deputierten sich betheiligen, welche Mitglieder des Adressausschusses sind; die übrigen müssen, um in der Plenarsitzung das Wort zu ergreifen, eine besondere Ermächtigung des Polenclubs einholen.

Berlin, 28. Oktober. (N. fr. Pr.) Die gestern vollzogene Vereinigung der Neu- und Altconservativen,

wodurch diese die stärkste Fraction des Abgeordnetenhauses wurden, hat die Wahl Bennigsens zum Präsidenten wieder fraglich gemacht. Die Conservativen haben vermöge ihrer numerischen Stärke auf zwei Sitze im Präsidium Anspruch, die National-Liberalen nur auf einen Sitz. Das Centrum dürfte ganz übergangen werden.

Paris, 28. Oktober. Wie man der „Agence Havas“ versichert, wurde Don Carlos benachrichtigt, daß er des Landes verwiesen werden würde, wenn er sein jetziges Verhalten aufrechterhalten sollte.

Rom, 28. Oktober. Cairoli wurde sofort zum König beschieden; man glaubt wegen des Beitrittes zum österreichisch-deutschen Bündnis.

Telegraphischer Wechselkurs,

vom 29. Oktober.
Papier-Rente 68 25. — Silber-Rente 70 30. — Gold-Rente 80 75. — 1866er Staats-Anlehen 127 80. — Bank-Actien 338. — Credit-Actien 266 90. — London 116 60. — Silber —. — R. L. Münz-Ducaten 5 56. — 20-Franken-Stücke 9 30. — 100-Reichsmark 57 60.

Theater.

Heute (gerader Tag): Ein ungeschliffener Diamant. Posse in 1 Act von Alexander Bergen. Recept gegen Schwiegermütter. Lustspiel in 1 Aufzug, nach dem Spanischen bearbeitet vom König Ludwig von Baiern. Cannebas. Komische Operette in 1 Aufzug. Musik von Franz v. Suppé.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Oktober	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
29.	7 U. Mg.	741.08	+ 6.6	SW.	Schwach	trübe
	2 „ N.	740.38	+ 12.9	SW.	schw. theilw. heiter	0.00
	9 „ Ab.	740.59	+ 6.2	windstill	heiter	

Vormittags trübe, dann Aufbeiterung; mondheile Nacht. Das Tagesmittel der Wärme + 8.6°, um 0.5° über dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Brachtvolle

Grabkränze.

Neue Sendung angekommen bei

Ernst Stöckl.

Die Gefertigten geben tiefbetrübt Nachricht von dem Hinscheiden der innigstgeliebten Mutter, beziehungsweise Großmutter und Urgroßmutter, Frau

Anna Strangfeld,

welche heute um halb 4 Uhr nachmittags nach kurzem Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, im 97. Lebensjahre ruhig verschieden ist.

Die irdische Hülle der Verbliebenen wird Donnerstag, den 30. Oktober, um 4 Uhr nachmittags im Sterbehause: Franciscanergasse Nr. 4, feierlich eingesegnet und auf dem Friedhose zu St. Christoph zur ewigen Ruhe bestattet.

Die heil. Seelenmessen werden am 31. Oktober um 9 Uhr vormittags in der Pfarrkirche Maria Verkündigung gelesen.

Laibach am 28. Oktober 1879.

Alexander Ritter v. Strangfeld, k. k. Hofrath, als Sohn. Dr. Robert v. Schrey, Advocat; Edmund v. Schrey, k. k. Landesgerichtsrath; Antonie von Schrey geb. Krisper, Anna v. Schrey geb. Piringer, als Entel. Edmund, Johanna, Josefine, Robert, Paula v. Schrey, als Urenkel.

Verdigungsanstalt des Franz Döberlet, Laibach.

Börsenbericht.

Wien, 28. Oktober. (1 Uhr.) In denjenigen Papieren, in welchen sich ein namhafter Verkehr entwickelte, so namentlich in einigen Eisenbahntitres, war die günstige Tendenz die vorherrschende.

Selb		Ware		Selb		Ware		Selb		Ware		
Papierrente	68 45	68 50	Grundentlastungs-Obligationen.				Ferdinands-Nordbahn	2285	—	2290	—	
Silberrente	70 15	70 25	Böhmen	102 75	103 75	Franz-Joseph-Bahn	150 50	151	—	—	—	
Goldrente	80 90	81 10	Niederösterreich	104 75	105 25	Galizische Carl-Ludwig-Bahn	239 50	239 75	Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	102 25	102 75	
Josef, 1854	121	121 50	Galizien	94 50	94 75	Kaschau-Oderberger Bahn	113 50	114	—	—	—	
" 1860	128 75	129	Siebenbürgen	87	87 50	Bemberg-Gzernowitzer Bahn	139	139 50	Desterr. Nordwest-Bahn	94 75	95	
" 1860 (zu 100 fl.)	130	130 50	Temeser Banat	88 50	89 25	Lloyd-Gesellschaft	581	582	Siebenbürger Bahn	74 70	75	
" 1864	158 75	159	Ungarn	91	92	Desterr. Nordwestbahn	136	136 25	Staatsbahn 1. Em.	168	168 50	
Ang. Prämien-Anl.	104 25	104 50	Actien von Banken.				Rudolfs-Bahn	137	137 25	Südbahn à 3%	118	118 25
Credit-A.	168 25	168 75	Anglo-Österr. Bank	134 40	134 60	Staatsbahn	263 50	263 75	Südbahn à 5%	101 40	101 70	
Rudolfs-A.	17	17 50	Creditanstalt	266 90	267	Südbahn	77 50	77 75	Devisen.			
Prämienanf. der Stadt Wien	113	113 25	Depositenbank	226	227	Teich-Bahn	204	204 50	Auf deutsche Plätze	57 05	57 20	
Donau-Regulierungs-Josef	110 25	110 50	Creditanstalt, ungar.	254 75	255	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	110 50	110 75	London, kurze Sicht	116 85	116 90	
Domänen-Pfandbriefe	143 50	144	Österreichisch-ungarische Bank	839	840	Ungarische Nordostbahn	129 25	129 75	London, lange Sicht	116 95	117	
Desterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	100 75	101	Unionbank	93 50	93 75	Wiener Tramway-Gesellschaft	200 50	201	Paris	46 10	46 15	
Desterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	101	101 25	Berlebsbank	122	122 50	Waldsorten.						
Ungarische Goldrente	95 65	95 75	Wiener Bankverein	136	136 50	Alig.öst. Bodencreditanst. (i. Gb.)	117	117 50	Ducaten	5 fl. 58	fr. 5 fl. 59	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	115	115 50	Actien von Transport-Unternehmungen.				(i. B. B.)	100	100 50	Napoleons'or	9	31 1/2
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	114 25	114 75	Alföld-Bahn	137	137 50	Desterr. Nordwest-Bahn	101 40	101 60	Deutsche Reichs-	57	70	
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	—	—	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	581	582	Ang. Bodencredit-Zust. (B. B.)	100 50	100	Noten	57	70	
Anleihen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	99 50	99 75	Franz-Joseph-Bahn	172 50	173	Prioritäts-Obligationen.						
<p>Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 68 40 bis 68 55. Silberrente 70 15 bis 70 25. Goldrente 80 80 bis 80 95 134 40. London 116 85 bis 117. Napoleons 23 1/2 bis 23 3/2. Silber 100 — bis 100 —.</p>												